

Die Zeitgeschichte 1945 - 2000

Aus der ersten Kommunalwahl nach dem Zweiten Weltkrieg geht die SPD als stärkste Fraktion hervor: 39,9% SPD, 33,6% CDU, 11,6% KPD, 1,3% LPD. Am 21. Juni 1946 tritt die erste frei und demokratisch gewählte Stadtverordnetenversammlung seit Beginn der Naziherrschaft im großen Sitzungssaal des Polizeipräsidiums zusammen. Sie wählt am 25. Juli den Oberstadtdirektor von Düsseldorf, Walter Kolb, zum Oberbürgermeister, der am 1. August 1946 in der Aula der Universität in sein Amt eingeführt wird. 1947 wird Frankfurt Sitz des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, der übergeordneten Verwaltung der amerikanischen und britischen Zone (Bizone). Der im Juni gebildete Wirtschafts- und Exekutivrat aus Vertretern der Länder tagt in Frankfurt. 1948 schließt sich die französische Zone an (Trizone).

Am 18. Mai 1948 findet in der wiederaufgebauten Paulskirche die Jahrhundertfeier der Nationalversammlung statt. Fritz von Unruh hält seine "Rede an die Deutschen" mit einer kritischen Analyse der NS-Zeit. Der Wiederaufbau der Paulskirche wurde als wichtigste Kulturaufgabe angesehen. Sie gilt hinfort als Symbol für Demokratie und Freiheit und als Traditionsstätte des deutschen Parlamentarismus.

1949 wird Frankfurt Zeitungsstadt: Nachdem bereits seit August 1945 die Frankfurter Rundschau als erste deutsche Tageszeitung erscheint, kommt nun am 1. November die erste Nummer der Frankfurter Allgemeinen Zeitung heraus.

Die frühe Nachkriegszeit steht ganz im Zeichen des Wiederaufbaus. 1951 beschließt das Stadtparlament den Aufbau der Innenstadt in städtischer Regie durch die Frankfurter Aufbau AG und legt den Fluchtlinienplan des Altstadtkerns fest. Die letzten vom Krieg verursachten Baulücken werden erst in den 80er-Jahren geschlossen.

1956 wird das auf den Trümmern des Palais Thurn und Taxis errichtete 70 m hohe Fernmeldehochhaus seiner Bestimmung übergeben. Am Großen Kornmarkt hinter der Katharinenkirche wird mit dem Parkhaus Hauptwache, entworfen von M. Meik und H. Romeick, Deutschlands erstes öffentliches Parkhaus in Betrieb genommen. Das Zürich-Haus am Opernplatz, in Aluminium und Glas von Udo von Schaurath und Werner Stücheli entworfen, kann 1961 als eines der ersten Hochhäuser Frankfurts bezogen werden. Im gleichen Jahr wird der Henningerturm am Sachsenhäuser Berg, ein 120 m hohen Getreidespeicher mit Aussichtsrestaurant, eröffnet.

Die Inbetriebnahme der ersten Frankfurter U-Bahnstrecke von der Hauptwache zur Nordweststadt markiert 1968 einen neuen Abschnitt in der städtischen Verkehrsentwicklung. Weitere U-Bahnlinien folgen und durchziehen sternförmig das Stadtgebiet. 1993 beträgt die Linienlänge der U-Bahn 81,1 km, der Straßenbahn 99,7 km und der Busse 448 km. Trotz des guten Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln nimmt auch der Individualverkehr ständig zu. Am 1. Januar 1993 sind in Frankfurt 334.935 Kraftfahrzeuge zugelassen.

Der Frankfurter Flughafen stellt eine der Drehscheiben des internationalen Luftverkehrs dar. Der Terminal Mitte des Flughafens wird 1972 eingeweiht. Die Anlage ist für die Abfertigung von 30 Millionen Fluggästen im Jahr gebaut und kann 36 Jets gleichzeitig aufnehmen. Am 12. April 1984 wird die Startbahn West erstmals benutzt, vor und bei deren Bau es zu äußerst heftigen Demonstrationen gekommen ist. 1992 verzeichnet der Flughafen 340.468 Starts und Landungen und 30.758.852 Fluggäste. 1998 werden rund 43 Millionen Passagiere gezählt. Die Zunahme des Fluggast- und Frachtaufkommens macht in den 90er Jahren einen weiteren Ausbau des Flughafens nötig. 1994 wird der Terminal 2 fertiggestellt. Im gleichen Jahr wird auf einem Teil der vormaligen Rhein Main Air Base mit dem Bau der Cargo City Süd begonnen. Für die nächsten Jahre ist der Bau einer weiteren Startbahn geplant.

Die Einwohnerzahl steigt in den ersten Jahren nach dem Krieg rasch an. Bereits 1949 leben in Frankfurt wieder 500.000 Menschen. Von 1956 bis 1961 steigt die Einwohnerzahl von 623.172 auf 683.081 und erreicht damit den höchsten Stand in der Geschichte der Stadt. 1972 werden im Zuge der hessischen Gebietsreform die Gemeinden Nieder-Erlenbach, Kalbach, Harheim und Nieder-Eschbach mit 30 qkm und 16.000 Einwohnern eingemeindet. Trotz dieses Zuwachses an Menschen ist die Gesamteinwohnerzahl Frankfurts in diesen Jahren leicht rückläufig und fällt bis 1982 auf 621.347. Zehn Jahre später hat die Stadt 660.492 Einwohner, davon 321.298 männliche und 339.194 weibliche sowie

183.779 Ausländer und 476.713 Deutsche. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich die Zahl der Einwohner bei rund 650.000 eingependelt. 1987 werden in Frankfurt 283.451 Einpendler und 31.329 Auspendler gezählt. In 35.457 Arbeitsstätten arbeiten 558.457 Beschäftigte, davon 99.669 in der Industrie (1992: 94.442). Für 1996 wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 458.454 angegeben.

Seit 1960 schließt Frankfurt mehrere Städtepartnerschaften [Lyon (1960), Birmingham (1966), Mailand (1970), Kairo (1979), Tel-Aviv (1980), Guangzhou (1988), Toronto (1989), Budapest (1990), Prag (1990), Krakau (1991), Granada/Nicaragua (1991)] und trägt damit seiner gewachsenen internationalen Bedeutung Rechnung.

Bei der Kommunalwahl 1977 erringt die CDU 1977 die absolute Mehrheit (50 Sitze im Stadtparlament bei 38 Sitzen für die SPD und 5 für die FDP). Walter Wallmann wird Oberbürgermeister. Hilmar Hoffmann (SPD), seit 1972 Kulturdezernent der Stadt, gewinnt in Wallmann einen Anhänger seines "Jahrhundertprojekts", des Frankfurter Museumsufers. Mit dem Deutschen Architekturmuseum (1984), dem Filmmuseum (1984), dem Museum für Kunsthandwerk (1985), der Kunsthalle Schirn (1986), dem Jüdischen Museum (1988), dem Museum für Vor- und Frühgeschichte (1989) sowie dem Anbau des Städtels (1991) und dem Museum für Moderne Kunst (1991) entstehen Glanzstücke bürgerlicher Repräsentationskultur. Die Museen beiderseits des Mains werden seit 1991 durch eine neue Fußgängerbrücke, den Holbeinsteg, verbunden. Daneben können 1983 die in historischen Formen wiederaufgebauten Häuser an der Ostseite des Römerbergs und das Haus "Zum schwarzen Stern" eingeweiht werden.

Bei der Kommunalwahl 1989 erhalten die CDU 36,6%, die SPD 40,1%, die Grünen 10,1%, die NPD 6,6% und die FDP 4,9% der Stimmen. SPD und Grüne besitzen in der Stadtverordnetenversammlung eine klare Mehrheit und gehen eine Koalition ein. Oberbürgermeister wird Volker Hauff (SPD). Im März 1991 veranlassen parteiinterne Querelen Hauff zum Rücktritt von seinem Amt. Daraufhin wird Andreas von Schoeler zu seinem Nachfolger gewählt. Bei der Kommunalwahl im März 1993 kann die rot-grüne Koalition ihre Mehrheit trotz empfindlicher Verluste der SPD knapp behaupten. Von den abgegebenen Stimmen entfallen auf die SPD 32,0%, die CDU 33,4%, die Grünen 14,0%, die FDP 4,4% und die Republikaner 9,3%. Im Frühjahr 1995 tritt Andreas von Schoeler als Oberbürgermeister zurück, nachdem die Wiederwahl der Gesundheitsdezernentin Margarethe Nimsch (Grüne) an vier Abweichlern in der SPD scheitert. Bei der anschließend erstmals durchgeführten Direktwahl für das Oberbürgermeisteramt unterliegt von Schoeler der CDU-Kandidatin Petra Roth, die 51,9% der abgegebenen Stimmen erhält. Bei der Kommunalwahl 1997 setzt sich der Abwärtstrend der SPD fort, während CDU, FDP und Grüne Zugewinne verzeichnen können. Bei der Wahl am 2. März erhalten die CDU 36,3%, die SPD 29,1%, die Grünen 16,9%, die FDP 5,6% und die Republikaner 6,2% der Stimmen. Das Fehlen klarer Mehrheitsverhältnisse führt in der Folgezeit zu wechselnden Koalitionen. Die rot-grüne Koalition wird faktisch beendet, als sich SPD und CDU auf eine politische Plattform einigen, um die Handlungsfähigkeit der Stadt sicherzustellen. Diese Plattform wird Anfang 1999 durch eine Kampagne der hessischen CDU gegen das geplante neue Staatsbürgerschaftsrecht belastet und zerbricht schließlich Anfang 2000 infolge der Schwarzgeld- und Parteispendenaffäre, in die neben der hessischen auch die Frankfurter CDU verwickelt ist. Nach Aufkündigung der Plattform durch die SPD entschließt sich Oberbürgermeisterin Roth zu einer Neuverteilung der Aufgaben unter den einzelnen Dezernaten. Dabei werden einzelnen SPD-Stadträten wichtige Zuständigkeiten entzogen.

Seit Beginn der 90er Jahre wird Frankfurt von einer zunehmenden Finanzkrise geschüttelt. Ein vergleichsweise hoher Anteil von Sozialhilfeempfängern an der Gesamtbevölkerung führt zu einem starken Anstieg der Soziallasten bei gleichzeitigem Rückgang des Steueraufkommens. Bei einem Jahresetat von rund sechs Milliarden Mark ist die Stadt 1995 mit Schulden in Höhe von rund acht Milliarden Mark belastet. Beträchtliche Teile des städtischen Haushalts sind durch den Schuldendienst gebunden. Erst mit der Jahrhundertwende beginnt sich die Lage infolge gesunkener Zinsen am Kapitalmarkt und einer allmählichen Zunahme des Steueraufkommens wieder zu entspannen.

Der Zwang zu Sparen macht sich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens bemerkbar. Besonders der Kulturbereich ist von den Sparmaßnahmen betroffen. Geplante Großprojekte wie der Neu- bzw. Erweiterungsbau des Völkerkundemuseums können nicht mehr realisiert werden. Kulturdezernentin Linda Reisch, seit 1990 Nachfolgerin Hilmar Hoffmanns, kann die in Zeiten voller Kassen entstandene Kulturpolitik ihres Vorgängers nicht fortsetzen. Die Städtischen Bühnen geraten wegen interner Querelen und wegen Auseinandersetzungen der Intendanten mit dem Magistrat immer wieder in die Schlagzeilen. Gerade für eine zweite Amtszeit gewählt, wird Linda Reisch 1996 die Zuständigkeit für die Städtischen Bühnen entzogen. Wenig später kündigt der von Reisch verpflichtete Opernintendant Sylvain Cambreling seinen Rücktritt zum Ende der Spielzeit 1996/97 an. Mangelnde Unterstützung in der SPD führt 1998 zur

Abwahl von Reisch. Ihr Nachfolger wird der Aachener Kulturdezernent Hans-Bernhard Nordhoff.

Trotz der finanziell angespannten Lage bleibt die Kultur auch in den 90er Jahren ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Lebens in Frankfurt. Im April 1991 kann die 1987 durch einen Brand zerstörte Frankfurter Oper wieder eröffnet werden. Ebenfalls 1991 vollendet Johannes Grützke seinen Bilderzyklus in der Paulskirche. Bei Grabungsarbeiten anlässlich der Renovierung des Doms wird 1992 die Grabstätte eines etwa fünfjährigen Mädchens aus der Merowingerzeit freigelegt. Das Grab macht deutlich, dass es an jener Stelle schon um 700 eine steinerne Kirche gegeben haben muß. Die Renovierungsarbeiten am Dom werden 1994 abgeschlossen. Im gleichen Jahr begeht Frankfurt mit einer großen historischen Ausstellung im Bockenheimer Depot den 1200. Jahrestag seiner erstmaligen Erwähnung. 1997 werden der Neubau der Deutschen Bibliothek an der Adickesallee und der Umbau des Goethemuseums im Großen Hirschgraben fertiggestellt. 1998 findet in der Kunsthalle Schirn unter dem Titel "Aufbruch zur Freiheit" eine Ausstellung anlässlich des 150. Jahrestags der ersten Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche statt. 1999 gibt der 250. Geburtstag Johann Wolfgang Goethes Anlaß für zahlreiche Feierlichkeiten. Im Frühjahr 2000 wird das Städel nach Umbau und Renovierung wieder eröffnet.

Das Stadtbild wird gegen Ende des 20. Jahrhunderts zunehmend von Hochhäusern bestimmt, die sich insbesondere am westlichen Rand der Innenstadt konzentrieren. 1991 wird mit dem 256 Meter hohen Messturm das damals höchste Bürogebäude Europas fertiggestellt. Weitere Hochhäuser folgen. 1997 kann neben den Zwillingshochhäusern "Kastor und Pollux" an der Friedrich-Ebert-Anlage auch das Hochhaus der Commerzbank am Kaiserplatz eingeweiht werden. Inklusiv seiner Antenne kommt das Commerzbankgebäude auf eine Höhe von fast 300 Metern. An der Neuen Mainzer Gasse entstehen das Japancenter und das Helaba-Hochhaus.

Der Mauerfall und die Wiedervereinigung Deutschlands markieren 1989/90 das Ende des Kalten Krieges. Dem Zerfall der Sowjetunion und des Ostblocks folgt ab 1991 ein Teilabzug der in Europa stationierten US-Streitkräfte. In den kommenden fünf Jahren ziehen auch die meisten der rund 28.000 in Frankfurt stationierten Amerikaner ab. Nach und nach werden die verschiedenen Kasernen und Dienstgebäude geräumt. 1995 können die ersten neuen Mieter in die geräumten amerikanischen Housing Areas einziehen. Ein Jahr später erwirbt das Land Hessen das nach Abzug der Amerikaner leerstehende IG-Farben-Haus, um darin die Universität unterzubringen.

Auf wirtschaftlich-industriellen Gebiet gerät Frankfurt in den 90er Jahren mehrfach in die Schlagzeilen. Anfang 1993 kommt es bei der Hoechst AG zu mehreren Unfällen. Bei einem dieser Unfälle geht eine Chemiewolke über Schwanheim nieder. Das verseuchte Areal muß aufwendig dekontaminiert werden. In den folgenden Jahren wird die Hoechst AG zunächst umstrukturiert und fusioniert dann 1999 mit dem französischen Chemiekonzern Rhône-Poulenc. Das neue Unternehmen erhält den Namen Aventis und hat seinen Sitz in Straßburg. Auf dem alten Firmengelände in Höchst entsteht ein Industriepark, in dem sich neben verschiedenen Tochtergesellschaften der Aventis und ehemaligen Hoechst AG auch andere Unternehmen ansiedeln.

Ende 1993 gerät die Metallgesellschaft durch Termingeschäfte an den Rand des Konkurses. Bei der anschließenden Sanierung des Unternehmens gehen Zehntausende von Arbeitsplätzen verloren. Wenige Monate später erschüttert der Zusammenbruch des Firmenimperiums des Baulöwen Jürgen Schneider den deutschen Immobilienmarkt. Schneider hatte in den vorangegangenen Jahre durch zahlreiche Geschäftsneubauten und aufwendige Sanierungen historischer Bauten auf sich aufmerksam gemacht. Die Bauvorhaben waren durch Kredite finanziert worden. Durch die bisher größte Pleite der Nachkriegszeit entstehen den Kreditgebern und hier insbesondere der Deutschen Bank Verluste in Milliardenhöhe. 1999 kann der Konkurs des Bauunternehmens Philipp Holzmann nur durch das Eingreifen der Bundesregierung abgewendet werden.

Im Oktober 1993 fällt in Brüssel nach langen Verhandlungen die Entscheidung über den Sitz der zukünftigen Europäischen Zentralbank. 1994 nimmt das Europäische Währungsinstitut seine Tätigkeit im ehemaligen BfG-Hochhaus auf. Im Juni 1998 geht dann aus dem EWI die Europäische Zentralbank hervor. Die EZB bereitet die Einführung der europäischen Einheitswährung, des Euros, vor und soll zukünftig die europäische Geldpolitik steuern. Erster Präsident der Zentralbank wird der Niederländer Wim Duisenberg.

© Helmut Nordmeyer, Institut für Stadtgeschichte